

**10. Ordentliche Regionalkonferenz
Montag, 12. September 2022, 18:00 Uhr**

RAHMEDETALBRÜCKE ist Lebensader für eine ganze Region

Die Regionalkonferenz der SPD im Westlichen-Westfalen fordert die Entscheidungsträger in Bund und Land auf den Bau der Rahmedetalbrücke zu beschleunigen und in der Zwischenzeit alles Erdenkliche zu tun, um die massiven Folgen für die Bürger*Innen und die heimische Wirtschaft abzumildern.

Über neun Monate sind vergangen, seit im Dezember des vergangenen Jahres die Rahmedetalbrücke aufgrund erheblicher baulicher und struktureller Mängel mit Einsturzgefahr gesperrt werden musste. Die Rahmedetalbrücke ist dabei die Brücke, die die A 45 durch das teils bergige Südwestfalen, unsere Region, hindurchführt. Sie verbindet nicht nur die Städte unserer Region, sondern ist auch eine wichtige Nord-Südachse für NRW, Deutschland und Europa. Mit deren Sperrung wird ein großer Teil unserer Region buchstäblich von der Außenwelt und damit dem Rest der Republik abgeschnitten. Zuletzt führten täglich bis zu 64.000 Fahrzeuge, davon 13.000 Lkw über die Brücke, die lediglich für 25.000 Fahrzeuge ausgelegt war. Dazu kommt, dass seit der erstmaligen Einweihung der Brücke, die zulässige Gesamtlast sowie Achslast der PKW und LKW immer weiter zugenommen hat. Ging man Ende der 50er- Jahre noch von 24 Tonnen aus, so sind es heutzutage 40 Tonnen, unabhängig von regelmäßigen Überlast- und Schwertransporten.

Inzwischen hat sich der Bundesverkehrsminister Dr. Volker Wissing (FDP) die Zeit genommen und die Brücke besucht. Leider wirft der Besuch mehr Fragen auf, als er beantwortet. Eine klare Perspektive für die Menschen und die Unternehmen dieser Region bleibt uns der Minister schuldig. Geht man aktuell von einer Bauzeit von fünf Jahren aus, kann von einem beschleunigten Verfahren kaum die Rede sein. Da ist es auch kein Trost, wenn ein Neubau sonst 10 Jahre dauert. Die Brücke muss vielmehr „Chefsache“ werden. Von Ministerpräsident Hendrik Wüst hört man derweil gar nichts.

Die unmittelbar und am härtesten von der Sperrung betroffenen Menschen sind die Anwohnerinnen und Anwohner an den Umleitungsstrecken. Sie sind es, die seit über neun Monaten den Lärm ertragen müssen, unnötig Schadstoffe einatmen und wesentlich mehr Zeit für ihren täglichen Arbeitsweg einplanen müssen. Nicht einmal wegziehen, um somit der Situation zu entkommen ist eine Option, da über Nacht deren Grundstückswerte massiv gefallen sind. Sie werden buchstäblich physisch und psychisch aufgezehrt. Für diese Menschen und für die heimischen Unternehmen fordern wir dringend neue Umleitungsmöglichkeiten, Mautstellen, den beschleunigten Einbau von Lärmschutzwänden und Entschädigungen. Hier ist insbesondere die neue Landesregierung gefordert.

Erschwerend kommt hinzu, dass die Anbindungen der Region über das Schienennetz ebenfalls gestört sind. So ist die nördliche Streckenverbindung ins Ruhrgebiet über Hagen nach Dortmund noch teilweise durch die Flut beschädigt. Die Verbindung nach Westen ins Bergische Land oder ins Rheinland mit der RB25 führt über eine marode Bahnbrücke, die ebenfalls zur Zeit gesperrt ist.

Die Wirtschaft unserer Region ist massiv durch die Brückensperrung betroffen. Mittelständler und „hidden champions“ transportieren ihre Waren über die Rahmedetalbrücke in die ganze Welt und beziehen darüber die Rohstoffe, die sie für die

Produktion benötigen. Handwerksbetriebe und ambulante Pflegedienste nutzen die A 45 für ihre täglichen Dienste. Fachkräfte aus dem Ruhrgebiet pendeln jeden Tag in die Unternehmen nach Südwestfalen, Auszubildende fahren nach Hagen oder Dortmund in die Berufsschulen. All das ist mit der Brückensperrung nicht oder nur noch eingeschränkt möglich. Eine von der SIHK in Auftrag gegebene Studie geht von einem Schaden in den nächsten fünf Jahren über 1,8 Milliarden Euro aus bzw. täglich 1 Million aus. Hierbei sind Folgekosten nicht eingerechnet. Dauert der Neubau der Brücke länger als fünf Jahre, so wird auch der Schaden weiter steigen. Erste große Unternehmen mit internationalem Portfolio verlassen bereits die Region. Aus diesem Grund fordern wir dringend Entlastungs- und Wirtschaftshilfen von Bund und Land.

Ein Aspekt, der bisher kaum betrachtet wurde, ist die Anbindung der Region bei Situationen im Bevölkerungs- und Katastrophenschutz und die medizinische Notfallversorgung.

Gewisse Szenarien verbleiben nicht undenkbar und die vergangenen zwei Jahre haben uns mit ihren Krisen (Hochwasser, Waldbrände, Pandemie) gezeigt, dass wir auch darauf verstärkt ein Auge werfen müssen. Tritt nun eine Gefahrenlage oder eine Katastrophe größeren Ausmaßes ein, können die Menschen vor Ort weder im großen Stil evakuiert werden, noch kann eine Versorgung mit Unterstützungskräften aus anderen Regionen über das Verkehrswegenetz sichergestellt werden.

Die medizinische Versorgung der Bevölkerung im Märkischen Kreis durch das Klinikum Lüdenscheid- ein Haus der Maximalversorgung- ist gefährdet, da medizinisches und pflegerisches Personal reihenweise ihren Arbeitsvertrag aufgrund der langen Anfahrtswege in das Krankenhaus kündigt. Aufgrund von Fachkräftemangel sind dabei Stationen bereits geschlossen worden.

Auch zu diesem Zweck fordern wir eine notfallmäßige Priorisierung des Neubaus der Rahmedetalbrücke in den Verkehrs- und Wirtschaftsministerien aus Bund und Land!